



PRESSEMITTEILUNG

Nr.289/GP

16.11.2014

**Huml fordert bessere Hospiz-Vergütung - Bayerns Gesundheitsministerin:
Kassen sollten 100 Prozent der zuschussfähigen Kosten für stationäre
Hospize übernehmen**

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml dringt auf einen deutlichen Ausbau der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung für stationäre Hospize. Huml betonte am Sonntag mit Blick auf die aktuelle Sterbehilfe-Debatte: "Künftig sollten 100 Prozent der zuschussfähigen Kosten für stationäre Hospize von den Krankenkassen übernommen werden. Denn in diesem Bereich ist eine kostendeckende Vergütung besonders wichtig."

Derzeit werden für stationäre Hospize nur 90 Prozent der zuschussfähigen Kosten bei Erwachsenen übernommen. Bei Kinderhospizen sind es 95 Prozent. Huml forderte: "Die Versorgung am Lebensende muss in der gesetzlichen Krankenversicherung verlässlich abgesichert sein. Dafür werde ich mich auch in Berlin einsetzen."

Die Ministerin verwies darauf, dass sie eine organisierte Suizid-Unterstützung ablehnt. Sie unterstrich: "Zu einem entsprechenden gesetzlichen Verbot gehört aber zwingend eine Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung. Bayern kümmert sich bereits intensiv darum."

Huml bekräftigte zugleich: "Es kann zwar extreme Situationen geben, in denen der Wunsch eines Menschen zu sterben größer ist als sein Lebenswille. Ich halte es aber nicht für richtig, für diese Einzelfälle den ärztlich assistierten Suizid als vermeintliche Lösung anzubieten. Wir müssen in jedem Fall vermeiden, dass Menschen das Gefühl bekommen, der Gesellschaft zur Last zu fallen - und deshalb den Weg der Sterbehilfe wählen."